

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Dambé,
Invalidenthant. Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann.
Erfeld B. Thienes, Halle a. S. Jul. Bard & Co.
Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frank-
furt a. M. Feinr. Fischer. Kopenhagen Aug. S. Wolff & Co.

Das jetzt zu Ende gehende Jahr 1898 ist für die Entwicklung der deutschen Seemacht und dadurch auch für die Zukunft unseres Volkes von größter Bedeutung gewesen. Während seiner Dauer haben die bereits früher hervorgetretenen Bestrebungen der von der Nothwendigkeit einer mächtigeren Flotte für das starkbedrohte, handelskräftige Deutschland überzeugten Männer zum guten Ziele geführt. Die Mehrheit unseres Volkes und des Reichstages haben die Nothwendigkeit, das Deutschland mehr als bisher zur See gelten müsse, eingesehen. Am 10. April konnte das den Selbststand der deutschen Flotte und die Magnahmen zur Erreichung desselben bis zum 1. April 1904 feststellende Flottengesetz verlinbet werden. Der politische Gewinn dieser Errungenschaft wird sich später fühlbar machen; zur Zeit ist aber schon unserer Industrie und unserm Schiffsbau ein schönes Feld sicherer Thätigkeit in dem stetigen Ausbau unserer Flotte eröffnet worden.

Die vor dem Inkrafttreten des Flottengesetzes begonnenen Bauten sind in diesem Jahr theils beendet, theils weitergeführt worden. Am weitesten von den größeren Schiffen ist der große Kreuzer „Gotha“ gefördert worden, der nach Erledigung von Probefahrten bereits ins Ausland entsendet ist. Vom Stapel gelassen sind die Kanonenboote „Itlis“ und „Jaguar“, der große Kreuzer „Panja“ und der kleine Kreuzer „Gazelle“. Zu Probefahrten bereit oder fast bereit sind die großen Kreuzer „Panja“, „Victoria Luise“, „Fregja“ und „Bineta“. Probefahrten machen jetzt am Ende des Jahres das Linienschiff „Kaiser Friedrich III.“, „Gazelle“ und „Itlis“. Der Ausbau des bereits schwimmenden Linienschiffes „Kaiser Wilhelm II.“ und des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck“, der Umbau der älteren Linienschiffe „Sachsen“ und „Württemberg“, sowie der Bau des noch auf Stapel stehenden Linienschiffes „Ersatz König Wilhelm“, werden energisch fortgesetzt. Außerdem sind noch im Bau die beiden Kanonenboote „Ersatz Wolf“ und „Ersatz Habicht“ sowie Torpedofahrzeuge.

Von den nach den Festlegungen des Flotten-
geheßes begonnenen Neubauten stehen auf Stapel
das Linienſchiff A bei Sächſen in Danzig, B bei
Vlohm und Roß in Hamburg, der Panzerkreuzer
A auf der kaiſerlichen Werft zu Kiel, der kleine
Kreuzer A auf der Germania-Werft Kiel, B bei
der Altriengeſellſchaft Weſer zu Bremen. Der
Dienst des 1. Geſchwaders und der Küſten-
panzerſchiffe verläßt ähnlich wie in den Vorjahren.
An Auslandsſtationen haben dieſe Schiffe nur einige
britiſche, dänische und ſtandinaviſche Häfen beſucht.
Ebenſo verläßt die Thätigkeit der Artillerie-
Torpedo-Minen- und der Seefadetten- und
Schiffszählungs-Schulſchiffe. Entſprechend der
erhöhten Zahl der Kadetten und Schiffszählungs-
ſchiffe in dieſem Jahre ein ſpaniſches Schiffe, die
frühere Kreuzerſtorvette „Sophie“, hinzugekommen.
Zur Zeit befinden ſich die fünf Kadetten- und
Schiffszählungs-Schulſchiffe im Auslande in den
wärmern Gegenden des nord- und ſüdatlantischen
Ozeans. Ungewöhnlich war die Reiſe der
Kaiſer yacht „Hohenzollern“, der „Hertha“ und
„Hela“ vom September bis Anfang Dezember
bei Gelegenheit der Fahrt Seiner und Ihrer Majeſtät
nach Paläſtina. „Hertha“ iſt in Genua geblieben,
wobeiſt einige Veränderungen an der Ventilation
des neuen Schiffes vorgenommen worden. Dann
geht der große Kreuzer nach Oſtarien und löſt
den heimbeſohlenen alten kleinen Kreuzer „Arcona“
im Kreuzergeſchwader ab. Von den den Aus-
landsdienſt leiſtenden Schiffen war in dieſem
Jahre die größte Zahl in Häfen in Thätigkeit.
Von dem Kreuzergeſchwader dort unter Befehl
des Vizeadmirals von Diebſchke beſteht die
1. Division aus den Schiffen „Kaiſer“, „Irene“,
„Prinzreg Wilhelm“ und „Arcona“ (ſpäter tritt
dafür „Hertha“ ein). Die zweite unter Seiner
königlichen Hoheit Prinz Heinrich ſtehende
Division wird von „Deuſchland“, „Kaiſerin
Auguſta“ und „Gefion“ gebildet. Stationiert
in Oſtarien iſt der kleine Kreuzer „Cormoran“.
Auf der auſtaliſchen Station ſind „Falte“,
„Buſſard“ und das Vermessungſchiff „Müde“,
in Oſtarien, „Schwalbe“ und „Condor“, in ameri-
kauiſchen Gewäſſern „Geier“ und in Kon-
ſtantinopel das Fahrzeug „Coreley“ verblieben.
Größere Unglücksfälle ſind in dieſem Jahre nicht
vorgekommen. Das während der Herbstmonate
in der Nacht zum 1. September in Folge von
Reiſewunden bei Seemann geſtunte Torpedoboot
iſt wieder gehoben worden. Sonſt hat die
Marine durch den am 6. November erfolgten
Tod ihres Cheffonſtrukturs, des Wirklichen
Geheimen Admiralitätsrates, Profeſſor Dietrich,
einen ſchweren Verluſt erlitten. Von den nicht
mehr aktiven Flaggoſfizierern ſind in dieſem Jahre
die drei Vize-Admirale z. D. Matt, Berger und
Baſch verſtorben.

Das Wort „Libre Parole“ hat für die Wittne Henry bekanntlich eine Sammlung veranlaßt, um derselben die Führung der Verleibigungsklage gegen Josef Rainach zu ermöglichen, es sollen bereits über 110 000 Franks eingegangen sein; die Gaben wurden zum Theil von recht eigenthümlichen Wohnungen begleitet, wir erwähnen dabon nach einer Korrespondenz der „Voss. Ztg.“ folgende:

„Ein armer Weber in Hazebrout, der gern einem Juden unentgeltlich ein Badstuch weben würde.“ „Ein Koch von Eaan, der Weinachs Haut trüffeln möchte.“ „Ein junger Hülfsparrer, der Rainach mit dem Stiefelohr die Nase zertreten möchte.“ „Schande über einen Offizier, der eine Jüdin geheirathet hat.“ „Für den Blutsogen Genrich.“ „Alle diese Banditen sollen vogelfrei sein!“ „Für Patronen, um Dreßfus zu erschießen.“ „Ein Protestant, dem die Augen ausgegangen sind, schreibt nach einem Säbel, um die jüdische Rasse auszurotten.“ „Ein Gymnasiallehrer der Geographie, der findet, daß die Inquisition eine nützliche Einrichtung und die Bartholomäusnacht ein Werk nationaler Sühnerrung war.“ „Vor Alters waren auf dem Grebeplatz Galgen.“ „Dank dem Fortschritte haben wir jetzt Gaslaternen.“ „Verwahrung gegen die jüdischen, protestantischen, freimaurerischen Richter des höchsten Gerichts. Es lebe der Held Oberst

Henry! „Eine Gruppe Blumenmacherinnen, zum Anfauf der Pflö, auf die man den Kopf des Saujuden steden soll.“ „Nieder mit den Juden! Könnte man doch mit den letzten Gedärmen Noththils den letzten Mangel erwürgen.“ „Weihnachten ist da — man sollte Blumwürste aus diesen Kerlen machen!“ „Eine kleine Gruppe von Vaterlandsfreunden, die den großen Säbel herbeiwünschen, der die Franzosen von dem ganzen jüdisch-protestantischen Ungeziefer erlöset.“ „Ein Arbeiter in Schneidemaschinen, der zum Verschneiden von Juden dienen werden.“ „Ein Gentianen. Nach Gayenne mit Keinach und den alten Verkauften. Wann kommt der Säbel?“ „Um an den Verräthern und Verkauften Zola, Keinach, Guyot und Clemenceau Hundesmitter zu machen.“ „Eine Mutter, die die Haut des Affen Keinach verlangt. Sie will aus ihr ein neues Nessfußhemd verfertigen, um das ganze Mangelgeziucht zu vergiften.“ „Um eine Peitsche für Loew zu kaufen.“ „Ein Schweinemetzger, der Juden abthoen möchte.“ „Ein Offizier, der in seinem Schreibbuch die Namen der 44 Preussens des Pariser Stadtraths aufzeichnet.“ „Offiziere reisender Jäger an der Grenze, die den Feind vor Augen, doch leider Verräther im Rücken haben.“ „Ein Artillerielieutenant, der alle Mangel im Siebelfessel sehen möchte.“ „Eine Gruppe Offiziere, die ungeduldig den Befehl erwarten, an den hunderttausend Juden, die das Land vergiften, die neuen Sprenggeschosse und Geschütze zu versuchen.“ „Ein Junge von 18 Monaten, der im Gasse der Juden und Drepfusleute erzogen ist.“ „Eine katholische Familie, empört darüber, daß Katholiken noch immer in Judenläden einkaufen.“ „Wünscht, daß ein Mann mit einem Knippel den französischen Boden von den Juden und Clemenceau säubere.“ „Zwei Handlungsgehilfen, die Keinach hängen sehen wollen.“ „Ehre dem Selben Henry! Nieder mit den Juden! Eine Modistin.“ „Ein vaterländischer, folglich antijemittischer Republikaner.“ „Ein Geistlicher, leider ein Krüppel, der den Degen einseitig möchte handhaben können wie den Weihwedel.“ „Ein Unteroffizier, der ungeduldig auf das Schädelspalten wartet.“ „Für die Wiederaufrichtung der Salgen von Montfaucon (der alten Pariser Nichtstätte), mit zeitgemäßen Vervollkommnungen.“ „Zum Andenken des Blutzeugen und wahren Helden Henry und für die nahe Niedereinkelung der Veleibiger unfers Heeres.“ „Ein Benutzer Henrys und seines vaterländischen Todes.“ „Zwei ehemalige Dorschhiller. Die Scheiterhaufen des Mittelalters hatten ihr Gutes.“ „Eine Mutter, die ihre Kinder im Gasse der jehüdischen Juden erzieht.“ „Eine Bartholomäusnacht für den schändlichen Keinach.“ „Ein Apotheker des 17. Stadtbezirks, der Keinach zu Pillen verarbeitet und diese allen Mangeln Frankreichs eingeben möchte, um sie zu vergiften.“ „Die Inquisition oder den Wohlfahrtsauschuß!“

Nach der Unterzeichnung des Ministerpräsidenten Dupuy mit dem Präsidenten der Criminalkammer des Kassationshofes Loew über die Bedingungen, unter denen die Geheimnissakten dem Kassationshofe mitgetheilt werden sollen, sandte Loew Abent ein Schreiben an den Kriegsminister Freycinet, in welchem er die betreffenden Bedingungen aufzählte. Die Minister Dupuy, Freycinet und Lebret berathen dann über diese Bedingungen, die ihnen ausschließlich die für die Sicherheit des Staates und die Vertheidigung des Angeklagten nothwendige Garantie zu gewähren schienen. In Folge dessen wurde beschlossen, die Geheimnissakten heute dem Kassationshofe mitzutheilen, und zwar soll die Mittheilung in der Weise geschehen, daß der Hauptmann Guignet die Aktenstücke dem Kassationshofe überbringt und sie täglich nach der Sitzung wieder vorbringen wird, so oft der Gerichtshof es für nöthig erachtet. Nachdem der Hauptmann Guignet die Aktenstücke überbracht haben wird, soll er sich in einem neben dem Verathungszimmer des Kassationshofes gelegenen Raum aufhalten, um technische und andere Mittheilungen zu machen, die dem Kassationshofe erwünscht sein könnten.

Was den angeblichen Brief des deutschen Kaisers betrifft, so wird dieser nimmehr als eine weitere Fälschung des Oberstleutenant Henry bezeichnet. Der frühere Abgeordnete Jaures beschäftigt sich in der „Petite Republique“ von Neuem mit der Geschichte des Briefes, den Kaiser Wilhelm angeblich über die Dreyfus-Affaire an den deutschen Botschafter in Paris geschriebene haben soll und den Jemand, wahrscheinlich Henry, dem Minister des Keisern, Sanatoux, in die Hände spielte. Warum wird Herr Sanatoux jetzt nicht von dem Kassationshofe vernommen, fragt Jaures, und warum sagen alle diejenigen, die wissen, welche Rolle Herr Sanatoux in der Dreyfus-Affaire gespielt hat, nicht laut die ganze Wahrheit? Mein verehrter Lehrer von ehedem, Gabriel Monod, ist einer von denen, welche allen Schmähungen und Gefahren zum Trost das Meiste dazu gethan haben, Licht zu schaffen und der Gerechtigkeit zum Durchbruche zu verhelfen. Er hat aber noch nicht Alles gesagt, was er kann; denn nicht kleine Dinge, durch deren Mittheilung er dem Lande und dem Kassationshof die Erreichung des Ziels erleichtern würde. Er könnte es später zu bereuen haben, wenn er zögerte, die notwendigen Wahrheiten zu enthüllen. Herr Gabriel Monod hat mir vorgestern einen Brief geschrieben, dem ich folgende Stelle entnehme: Sanatoux hat im Mai 1898 zu A. . . und mir gesagt: „Sie wissen, welcher abwechselnd Mittel General Mercier sich bedient hat, um die Schuld von Dreyfus nachzuweisen, die vielleicht nur ein entscheidiger Roman ist.“ — A. ist eine hochangesehene Persönlichkeit, deren Namen Herr Monod anführt. Wenn ein so streng rechtlicher Mann, wie Herr Monod, erklärt, Herr Sanatoux habe im vergangenen Mai eine so bedeutsame Aeußerung gethan, und bereit ist, vor dem Kassationshofe über die Rolle des Herrn Sanatoux in dem Handel Bericht zu erstatten, so wird der Kassationshof nicht umhin können, ihn selbst und Herrn Sanatoux vorzuladen.

Der Passagier Grunseit besuchte seinerseits darauf, baß der Brief, eine Falschung, wirklich allen Zeugnissen zum Troß dem Geheimdiplomier einberichtet, dann aber wieder herausgenommen und befestigt worden war. Aus welchem Grunde letzteres geschah, das mußte der Stationsoffizier ergründen.

Die Passagiere des Dampfers „France“, welcher aus Gabeine in Bordeaux eintraf, erzählten, Dreyfus befinde sich in einem derartigen

geistigen Niedergange, daß er die Nachricht von der Prozeßrevision scheinbar theilnahmslos aufnahm. Außer fortwährenden Unschuldsebetheuerungen kommt kein Wort über seine Lippen. Er sieht sehr gealtert und gebrochen aus. Hauptmann Guignet überbrachte gestern Nachmittag dem Kassationshof die Geheimkisten.

Die Patriotenliga wird am Donnerstag in einer Versammlung ein Manifest beschließen, in dem die Regierung wegen der Auslieferung der Geheimmakten an den Kassationshof des Landesverraths angeklagt und die Nation zum Widerstand aufgefordert wird.

Prinz Waldemar, der Sohn des Prinzen Heinrich, ist von seiner Krankheit so weit wieder hergestellt, daß er die Nachmittage außerhalb des Bettes zubringen kann. — Der **General-Lieutenant z. D. Oswald v. Böbel** ist am 23. December in Hannover gestorben. — Für das in Breslau zu errichtende **Kaiser Friedrich-Denkmal** sind bisher insgesamt etwa 74 770 Mark eingegangen. — Die **Entthüllung des Schulz-Religions-Denkmal**s in Berlin wird bei dem nächstjährigen vierzigsten allgemeinen Genossenschaftstage, dem Anfang August in Berlin abgehalten werden wird, stattfinden. — Der **Deutsche Lehrverein** zählt Ende 1898 in 43 Vereinen, welche sich in 2422 Verbänden gliedern, 76 614 Mitglieder. Im vergangenen Jahre umfaßte er 2319 Verbände mit 67 271 Mitgliedern. Der dem Deutschen Lehrverein eingegliederte Landesverein preussischer Volksschullehrer (1872 gegründet) besteht aus 1780 Verbänden und 48 710 Mitgliedern. — Nach einer Berechnung des „Grundbeig.“ sind auf den **Grundstücken in Berlin** $4\frac{1}{2}$ Milliarden Mark Schulden hypothetisch eingetragen. Davon gehören den Hypothekendarlehen rund 20, Milliarden, den Versicherungsgesellschaften 900 Millionen und den Sparkassen 400 Millionen Mark, während 750 Millionen Mark dem Privatcapital entfallen. Die 3750 Millionen der verschiedenen Anstalten bestehen mit geringen Ausnahmen aus sogenannten ersten Hypotheken, die 750 Millionen des Privatcapitals, ebenfalls mit geringen Ausnahmen, nur aus zweiten und dritten Hypotheken. — Der **Bürgermeister von Jaroschin** ist wegen Urkundenfälschung in Untersuchungshaft genommen worden, weil er mehrere landesamtliche Eintragungen gegen das Gesetz in seiner Abwesenheit durch den Stadtwachmeister hatte vornehmen lassen, je nachträglich untersuchen und die Gebühren dafür für sich erhoben hatte. Es handelt sich um Fälle aus dem Jahre 1895, die der Stadtwachmeister, nachdem er pensionirt war, zur Anzeige gebracht hatte. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß der Stadtwachmeister schon seit Jahren genau Buch über Alles geführt hatte, was eventuell zu Ungunsten des Bürgermeisters ausgelegt werden konnte. — In Sachen der **Stadterweiterung zu Wies** hat der Gemeinderath endlich den Beschluß gefaßt, das gesamte von der Militärverwaltung angebotene freizubehaltende Gelände anzukaufen und zwar zu einem Preise, der durch Abhängung von Sachverpflichtungen festgesetzt werden soll. Für Ueberlassung einiger der Stadt gehörenden Parzellen zu Militärbauten werden 680 000 Mark in Abzug gebracht. Die Gesamtsumme der Abhängung wird auf etwa 10 Millionen angenommen. Die Stadt übernimmt die Kosten der Einhebung der alten Wälle, wofür sie aber auch das Material zufußt. — Die badische Regierung hat den weiteren Geschäftsbetrieb der in Kiel ansässigen **schleswig-holsteinischen Viehsicherer** für das Gropharpothum Baden verboten.

Berlin, 28. Dezember. Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Naab hatte als Mitglied der Hamburger Bürgerchaft in dieser einen Antrag zur Einführung einer progressiven Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine eingebracht, während gleichzeitig Dr. Edelbüttel und Mitrow Vorlesungen zum Schutz der kleinen Detaillisten angeregt hatten. Der Ausschuss der Bürgerchaft hat nun dem Plenum über sämtliche Anträge Bericht erstattet und aus folgenden Gründen Uebergang zur Tagesordnung beantragt:

Wenigleich einige der Mitglieder des Ausschusses dem Nachbilden Anträge, die progressive Umgestaltung einzuführen, durchaus unsympathisch gegenüber standen, so sind doch alle Mitglieder des Ausschusses dem zweiten Antrage von Dr. Edelbüttel und Wirow, wie in gegenwärtiger schwerer Zeit dem kleinen Detailisten geholfen werden könne, ganz besonders freundlich gesinnt gewesen und haben sich auf das ernste Bemüht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um dem bedrängten Detailistenstande durch gesetzgeberische Maßregeln zu helfen. Aber trotz der eingehenden Beratungen ist es nicht möglich gewesen, einen gangbaren Weg zu finden, und der Auspruch bedauert lebhaft, wenn die Erwartungen, die man in weiten Kreisen der Bevölkerung an seine Arbeiten geknüpft hat, nunmehr unerfüllt bleiben und dadurch sicher vielen eine Enttäuschung bereitet werden wird. Aber selbst die dem Detailistenstande angehörigen Mitglieder des Ausschusses haben sich, wenn auch mit schwerem Herzen, überzeugen müssen, daß es absolut unmöglich sei, den Detailisten durch gesetzgeberische Maßregeln zu helfen oder sie zu schädigen. Es muß die Gründung eben auf einem anderen Wege gesucht werden und sie wird hoffentlich auch gefunden.

4. — Im Reichstag ist der Antrag eingebracht worden, den Reichstanzler zu ersuchen, mit den übrigen Seemächten behufs Herbeiführung internationaler Maßnahmen zur Verhütung von Schiffsunfällen und zur Sicherung des Lebens der Seeleute und der Seereisenden in Verhandlungen einzutreten. Man kann es Angehörigen der immer wiederkehrenden großen Schiffsunfälle nur gutheissen, daß von deutscher Seite aus die Frage einer größeren Sicherung der Seeschifffahrt thunlichst in Fluss gehalten wird, wenn auch glücklicherweise unmittelbarer Anlaß, wie es im Jahre 1882/83 nach dem Untergang der „Cimbria“ und im Jahre 1894/95 nach dem Untergang der „Elbe“ der Fall war, diesmal nicht vorliegt. Diese Angelegenheit erhält ein

besonderes Interesse dadurch, daß zum ersten Mal Gelegenheit geboten wird zu einer Aus-
scheidungstheilung über die Wirksamkeit der seit
dem 1. Juli v. J. in Kraft befindlichen Beschlüsse
der Washingtoner Konferenz vom Jahre 1889,
welche sich mit der Aufstellung internationaler
Vorschriften zur Verhütung des Zusammenstoßes
von Schiffen auf See befaßt und namentlich
das Straßenrecht zur See ordnen sollte. Diese
Vorschriften sind von deutscher Seite bekanntlich
nicht ohne Widerspruch, der speziell das Wege-
recht der Fischereidampfer betraf, in Kraft gesetzt
worden. Man ging dabei von der Ansicht aus,
daß zwar eine Abänderung der einschlägigen Be-
stimmungen wünschenswerth sei, daß das Fehlen
einer solchen aber nicht den Verzicht des Reiches
auf den Vollzug der Washingtoner Vorschriften
rechtfertigen würde.

— Das antitige Reichstagshandbuch giebt über die konfessionellen Verhältnisse der Abgeordneten folgende Anstunft; 164 Abgeordnete bezeichnen sich als evangelisch; 141 als katholisch oder römisch-katholisch; 41 als evangelisch-lutherisch oder lutherisch oder altlutherisch; 4 als reformirt; 1 (der national-liberale Abg. Deinhard) als altlutherisch. 10 Abgeordnete haben keine Angaben über ihr Religionsbekenntnis gemacht, darunter außer Sozialdemokraten die Abgeordneten von Kardorf, Dr. Hermes und Bachmide. Ein Abgeordneter, der Freisinnige Jacobien, bezeichnet seine Religion als den Evidischen Anschauungen entsprechend. Nebel nennt sich religionslos. 13 seiner Genossen bezeichnen sich als konfessionslos (meist Norddeutsche), 10 als Dissidenten (meist Mitteldeutsche) und 7 als freireligiös (meist Süddeutsche). 4 Sozialdemokraten: Haase, Singer, Stadthagen und Wurm, nennen sich mosaisch. Dr. Schönlant und Rosenow nennen sich evangelisch.

— Ueber die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen schreibt die „New Yorker Handelszeitung“:

„Schar ins Auge gefaßt waren es kleine Reibungen in den Verkehrsbeziehungen der beiden Länder, welche nicht geeignet sind, die Beziehungen zu erwidern, daß ein Animus herrscht, welcher einen Handelskrieg zur Entfaltung bringen müsse. Daß die amerikanischen Zuckerdifferentialzölle einer Befreiung fähig sind, erhebt widerspruchlos aus der Thatfache, daß der Sekretär des Auswärtigen unter der Präsidentschaft Cleveland's, der verstorbene Walter Greham, im Hinblick auf den Vertrag vom Jahre 1828 die Absicht auf dieser Zölle Deutschland gegenüber bezeugte, und was die Befreiung der Einfuhrschwierigkeiten amerikanischen Fleisches und amerikanischen Obstes betrifft, ist die Hoffnung berechtigt, daß bei der rigorosen Strenge (?) der hier in Kraft gesetzten Inspektionen die deutschen Behörden sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die Frictionen durch Einführung eines milderen Verfahrens in Bälde zum Wegfall gebracht werden können. Die Erklärungen des Herrn Ministers des Auswärtigen v. Bülow im deutschen Reichstage sind in dieser Beziehung Vertrauen erweckend. Derselbe bestätigte, daß die Unterhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten zur Erzielung einer Vereinbarung zwischen beiden Ländern nur durch den Krieg unterbrochen worden, jetzt aber wieder aufgenommen worden sind. In gleicher Weise hat Herr v. Holleben vor wenigen Tagen die Hoffnung ausgesprochen, daß die Handelsbeziehungen der beiden Länder sich ohne Zweifel demnächst günstiger gestalten werden. Zur Herstellung besserer Beziehungen werden zweifellos die Administration und der Kongreß die Hand zu bieten sich bereit. Nicht wenig trägt zur Wiederherstellung besserer Beziehungen die Haltung der deutschen Regierung während des Krieges mit Spanien bei. Die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten anerkennt ohne alle Zurückhaltung den Standpunkt strenger Neutralität, welchen die Regierung Deutschlands aufrecht erhalten hat. Sie ist überzeugt, daß Deutschland nicht der politische Gegner der Vereinigten Staaten ist, und sie wird mit Befriedigung jeden Versuch, die Handelsbeziehungen beider Länder günstiger zu gestalten, unterstützen. Einen außerordentlich günstigen Eindruck hat auch die aus Berlin kommende Nachricht gemacht von der Entsendung mehrerer Beamten des preussischen Ministeriums des Innern zu dem Zwecke, durch persönliche Prüfung der Geschäftsgestaltung der hiesigen Lebensversicherungsgesellschaften am hiesigen Ort festzustellen, wie weit es den letzteren möglich sei, durch Erfüllung der von der Regierung gestellten Forderungen zur Wiederaufnahme ihres Geschäftsbetriebes in Deutschland zu schreiten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die in Aussicht stehende Prüfung und Untersuchung den Weg zur Befreiung der bestehenden Verkehrsschwierigkeiten bahnen wird.“

— Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ soll die Kaiserin Auguste Viktoria nach Neujahr nach Nizza kommen.

— Die gefristige Antrittsaudienz des preussischen Gesandten Frhrn. v. Rotenhan bei dem Papste dauerte etwa eine halbe Stunde und trug einen äußerst herrlichen Charakter. Nach der Audienz stattete Frhr. von Rotenhan dem Kardinal- u. Staatssekretär Rampolla einen Besuch ab.

— Um den Deutschen, die sich der Fahnenpflicht oder der Verkleidung der Wehrpflicht überhaupt schuldig machen, den Aufenthalt im Auslande zu erschweren und sie dadurch zur Rückkehr zu bewegen, ist schon früher angeordnet worden, daß die Gemeindebehörden sich der Bestimmung des Aufgebotes zum Zwecke der Gefährdung für die bezeichneten Personen zu enthalten haben. Nuncmehr sollen auch noch der Minister des Innern und der Kriegsminister bestimmt haben, daß Auszüge aus dem Standesregister, welche früher im Auslande sich aufhaltenden Fahnenpflichtigen und ausgetretenen Militärpflichtigen nachgeliefert werden, nur dann durch die zuständige Gemeinde- und Aufsichtsbehörde die vorgeschriebene Beglaubigung erhalten dürfen, wenn der Nachweis geführt wird, daß die Auszüge nicht zur Förderung eines persönlichen Interesses gewöhnlicher Art der in Rede stehenden Personen nachgesucht worden sind, sondern zu anderen Zwecken, insbesondere zum amtlichen Gebrauch des ausländischen Staates verwendet werden sollen.

— Wir haben schon kurz telegraphisch gemeldet, daß der erste sozialdemokratische Gemein-

beherretertag gestern zusammentrat, derselbe beschäftigte sich zunächst mit dem Kommunalprogramm. Thomas-Wirsdorf begründete in längeren Ausführungen Punkt 1 des Programms, der lautete: „Für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen ist das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht einzuführen. Das Wahlrecht darf durch den Empfang irgend welcher Unterstützung aus den Gemeindemitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Die Wahlen haben des Sonntags stattzufinden.“ Nach längeren Erörterungen wurde Punkt 1 mit großer Mehrheit angenommen. Abg. Singer begründete dann Punkt 2 des Programms: „Auf dem Gebiet des Schulwesens fordern wir: Weltlichkeit der Schulen obligatorischer Besuch der Volksschulen; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Bekleidung in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden; Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder; Schulärzte zur regelmäßigen Prüfung und ärztlichen Verfassungsgutachten der Schüler, der Schulen und Schuleinrichtungen. Schaffung einer Klassenfrequenz, die einen gezielten Unterricht ermöglicht, besondere Schulklassen für die Minderbegabten; Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder; obligatorischer Fortbildungsschulunterricht für beide Geschlechter bis zum achtzehnten Lebensjahre; Freisetzung des Fortbildungsschulunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit; Errichtung und Ausbildung von Volksbibliotheken und Lesesälen.“ Die Debatte hierüber zog sich recht lange hin und förderte Neues nicht zu Tage.

Prag, 27. Dezember. Die Versammlung der deutsch-fortschrittlichen Landtagsabgeordneten hat beschlossen, sich an den Verhandlungen des Landtages nicht zu betheiligen.

Paris, 27. Dezember. Allen Dementis zum Troste erhalten sich die Gerüchte von ehelichen Streitigkeiten bei dem Herzogspaar von Orléans.

Londo, 27. Dezember. Dem „Reuterschen Bureau“ wird unter heutigem Datum aus Manila gemeldet: Die Lage der hiesigen Filipinos ist ernst; der in Malolos geplante Kongreß der Filipinos ist verschoben worden, da der Arbeit einer Konstitution Schwierigkeiten entgegenstehen. Das Kabinet der Filipinos hat seine Entlassung gegeben, mit der Neubildung desselben ist der als unverzüglich bekannte Mabini betraut worden. Derselbe ist auch ein erbitterter Gegner Aguinaldos, namentlich bezüglich der Frage der spanischen Gefangenen. Wie verlautet, habe er deren Freilassung verweigert, obwohl das Kabinet beschlossen hatte, dem in dieser Beziehung gestellten Ansuchen des Generals Dis Folge zu geben. Es wird berichtet, Aguinaldo habe sich, da er fürchte, man wolle ihn ermorden, in eine unzugängliche Gegend hinter Cavite geflüchtet und nur wenige seiner Anhänger befänden sich bei ihm. Schon früher hatte Aguinaldo Malolos verlassen und sich nach Santana, einem Vorort von Manila, begeben, wo er Paterno besuchte. Wie weiter berichtet wird, sind Aguinaldo und Paterno eifrig bemüht, der kriegerisch gesinnten Partei unter den Aufständischen Herr zu werden, man glaubt, daß es ihnen gelingen wird.

Das am 18. d. M. nach Ho-Ho abgegangene Expeditionskorps des amerikanischen Generala Miller besteht aus Infanterie und Artillerie, auch ist demselben eine Abtheilung Signalisten beigegeben.

Neue Nachrichten von der Insel Saman
melden, die aufständigen Tagalen hätten seit
dem 11. d. M. Callabag besetzt. Jeder geist-
liche Vertreter stode, alle Spanier in den benach-
barten Dörfern hätten bei einem Amerikaner
Namens Scott Zuflucht gesucht. Eine bewaffnete
Menge von Tagalen habe die Geisäfte und Häu-
ser der Missionen geplündert, die Führer seien nicht
im Stande, die Plünderer in Schranken zu halten.
Alle Vermählungen, die Eingeborenen der Bischofs-
Inseln zu veranlassen, sich an dem Aufstande zu
betheiligen, seien erfolglos geblieben.

In **Reich** beabsichtigen die Sammetweber, welche mit der neuen Schußliste nicht einverstanden sind, in den Ausstand zu treten; nachdem bereits im Anfang des Dezember die Sammetweber der Firma Gelele u. Co. die Arbeit niedergelegt, brachten gestern Vormittag sämtliche Weber der Firma Motan u. Leuenberg ihre Kündigung ein. Die Weber der Firma L. F. Scheiber Nachfolger wollen heute in den Ausstand treten.

Stettin, 28. Dezember. Zur pünktlichen Abwicklung des Neujahrsbriefverkehrs sowie der Briefbestellung überhaupt ist es notwendig, daß die nach Stettin selbst und nach anderen größeren gerichteten Briefe mit genauer Wohnungsangabe nach Straße, Hausnummer und Geschloß versehen werden. In der Aufschrift der nach Berlin gerichteten Briefe ist außerdem auch die Himmelsrichtung des Stadttheils „N., S., SW. u. f. w.“ anzugeben. — Die nach Stettin bestimmten Neujahrsbriefe können, wie alljährlich, schon vorher aufgegeben werden, doch müssen dieselben als „Neujahrsbriefe“ kenntlich gemacht sein. Dieselben werden dann am Neujahrstage ausgetragen.

— Im Jahr 1899 sind die Ferien für die höheren Schulanstalten Pomerns in folgender Weise festgesetzt. 1. Osterferien: Schlußschluß: Mittwoch, 29. März, Mittags, Schulanfang: Donnerstag, 13. April, früh. — 2. Pfingstferien: Schlußschluß: Freitag, 19. Mai, Nachmittags, Schulanfang: Donnerstag, 25. Mai, früh. — 3. Sommerferien: Schlußschluß: Sonnabend, 1. Juli, Vormittags, Schulanfang: Dienstag, 1. August, früh. — 4. Herbstferien: Schlußschluß: Mittwoch, 27. September, Mittags, Schulanfang: Donnerstag, 12. October, früh.

